

# Das Leben nach Kargil

von M. Ilyas Khan

Über mehr als 500 Gräbern in den Northern Areas flattert die pakistanische Nationalflagge, über Gräbern der Helden und Märtyrer des Kargilkrieges vom Frühsommer 1999. Doch dieser Krieg kennt offensichtlich nur Verlierer und hinter jedem der Gräber verbergen sich Klagen über Betrug und Unfairnis.

Im Frühjahr waren die Gespräche in den 'Northern Areas' bestimmt vom Unbehagen mit der offiziellen Version, daß muslimische Freischärler auf den Höhen um Kargil kämpfen würden. Den Bewohnern der Hochgebirgstäler, aus welchen sich die Soldaten der 'Northern Light Infantry' (NLI) rekrutieren, war immer klar, daß dort ihre Brüder und Söhne kämpften. "Viele unserer Verwandten und Freunde dienen in der NLI, und sie berichteten bei ihren Heimatbesuchen über die Kämpfe dort." erzählt ein Vetter von 'Havaladar Major' Lalik Jan, der posthum den höchsten militärischen Orden Pakistans, den 'Nishan-e-Haidar' verliehen bekam. "Sie waren erregt, daß sie soweit in feindliches Gebiet vorgestoßen waren, ohne einen Schuß abgegeben zu haben."

Dies waren auch für die Familien Zuhause harte Zeiten. "Als mein Bruder im Februar schrieb, daß er im indischen Shakmar Sektor bei Dras sei, waren wir beunruhigt" berichtet Ghafoor Khan, dessen Bruder drei Monate später den Märtyrertod starb. Zu dieser Zeit brodelte die Gerüchteküche in der Nordregion, doch offizielle Informationen blieben aus. Vielmehr kam es zu panischen Szenen, als im Juni immer mehr Leichname toter Soldaten in die Heimatdörfer gebracht wurden. Allein entlang der Punalstraße wurden im Juni 105 Leichname zu den Familien überbracht, ähnliche Zahlen sind auch für Gilgit, Hunza und Baltistan bekannt.

Die Politik der Regierung, Still-schweigen über die Verluste der NLI zu wahren, sorgte nur für immer mehr Verunsicherung. Die Leichname wurden meist nachts mit zivilen Fahrzeugen transportiert und die Begräbnisse fanden ohne militärische Ehrenbezeugungen statt. "Alle Märtyrer trugen Bärte und wurden meist in der Zivilkleidung beerdigt, in der sie die Heimatdörfer verlassen hatten. Ihnen wurde das militärische Protokoll bei der Beisetzung

vorenthalten. Vielmehr legten sie Leichname unserer Märtyrer wie Brennholz vor den Türen ab." beschwert sich Dr. Pervez Khan, ein Politiker der PPP und ehemaliges Mitglied im 'Northern Areas Council'.

Zusätzlich machen Erzählungen über die unzureichende Versorgung der Kampftruppen mit Munition, Nahrung und medizinischer Versorgung die Runde.

Nach Informationen aus militärischen Kreisen wurde im Juni nahezu die gesamte sechste Kompanie der NLI aufgegeben und die zwölfte erlitt hohe Verluste. "Im Frühsommer erhielt ich mehrere Briefe von unseren Soldaten an der Front, worin sie berichteten, daß sie unzureichende Waffen und zuwenig Munition hätten. Ich nutzte zwar meine Kontakte zur Armeeführung, doch wurde ich als Außenstehender nicht angehört" berichtet der pensionierte Major und derzeitige Vorsitzende der 'Muttahida Qaumi Party' (MQP), Hussain Shah. Nach Einschätzung weiterer Kargilrückkehrer versäumte es die Militärführung die erforderlichen Versorgungslinien sowie Truppenverstärkung hinter der Front aufzustellen. Als dann die ersten Rückschläge an der vordersten Front bekannt wurden, konnten die eiligst aus dem punjabischen Tiefland angeforderten Entlastungstruppen nicht eingesetzt werden, da sie nicht an die Höhenbedingungen akklimatisiert waren. Vermutlich waren die Strategen selber über die Härte der Kämpfe überrascht. Offensichtlich vermuteten sie, daß die Soldaten sich in den Höhen festbeißen könnten und somit nur geringe Verluste würden hinnehmen müssen. Dabei hatten sie wohl die gut ausgerüstete indische Luftwaffe nicht berücksichtigt.

Nach Ansicht lokaler Betroffener hat zudem die offizielle Politik, daß auf den Höhen von Kargil einzig Freischärler kämpfen würden, die Soldaten der NLI demoralisiert. "Als ich das erste Mal erfuhr, daß dort nur Mujaheddin kämpfen würden, war ich geschockt, dort wurden unsere Kinder getötet doch die Meriten gingen an die Anführer der Mujaheddin!" beklagt Hussain Shah. Zudem wird der pakistanischen Luftwaffe vorgeworfen, den Bodentruppen keine Deckung gegeben zu haben.

Am 26. Juni 1999 erreichte die Unzufriedenheit in den 'Northern Areas' einen vorläufigen Höhepunkt, als Aktivisten des 'Karakoram National Movement' (KNM) in Hunza zu einem Friedensmarsch aufriefen und dabei offen gegen die Fehlinformationen um den Kargilkrieg demonstrierten. Mindestens ein Dutzend der Demonstranten wurde in Gilgit für drei Monate inhaftiert. Zu heftigeren Konflikten kam es in Skardu, dem Verwaltungsort von Baltistan unweit der Kargilfront, als Mitglieder der 'Al-Badar Mujaheddin' ein Haus im Basar besetzen wollten, um dort ein Verbindungsbüro zu errichten. In der Folge kam es zu Schießereien mit der ortsansässigen Bevölkerung und der Einmischung des militärischen Geheimdienstes, der dem örtlichen Polizeileiter offen die Bevorzugung der lokalen Bevölkerung vorwarf. Letztlich mußten die Mujaheddin aus dem Basar beordert werden, um die Bevölkerung wieder zu beruhigen.

In der Folge versuchte die Regierung in Islamabad die Stimmung in den 'Northern Areas' durch vielfältige Versprechungen wieder in den Griff zu bekommen. So soll die zuvor unter einem paramilitärischen Status operierende NLI zu einem vollwertigen Regiment der pakistanischen Armee aufgewertet werden. Desweiteren wurden mehr als 40 Orden und Medaillen an NLI-Soldaten verliehen, soviel hatte noch kein einziges pakistanisches Infanterieregiment erhalten. Letztlich wurde den Hinterbliebenen der Gefallenen eine finanzielle Entschädigung zugesprochen: jeweils 500.000 Rupien aus einem Programm des Premierministers, 60.000 Rupien vom Hauptquartier der pakistanischen Armee und weitere 30.000 Rupien, die von der Militärregierung angekündigt wurden. Zusätzlich erhalten die Familien zwischen 200.000 und 400.000 Rupien Pensions- und Versicherungszahlungen.

In vielen Fällen haben diese Zahlungen die Gemüter beruhigt. Doch zuweilen führt der innerfamiliäre Streit um die für pakistanische Verhältnisse sehr hohen Geldbeträge zu neuen Problemen. Einige kinderlose Witwen mußten die Familien des Ehemannes, nach lokaler Tradition, verlassen, ohne jedoch die Entschädigungen zu erhalten. In anderen

Fällen nahmen die Witwen die Gelder an sich und gingen mitsamt der Kinder zu ihren Eltern zurück. Somit entziehen sie den Eltern der Gefallenen die Versorgung, die sie unter normalen Umständen von ihren Söhnen erwarten konnten.

In den Northern Areas ist es Witwen, entgegen den orthodoxen Religionsauslegungen im Tiefland, traditionell nicht verboten, erneut zu heiraten. Doch die Märtyrerwitwen tun dies nicht aus Furcht, dann die Witwenpensionen zu verlieren. Zudem sind sie mit ihrem neuen Reichtum in ihrem eigenen Elternhaus hoch willkommen. Der korrumpierende Einfluß dieser enormen Geldzahlungen kam im Vorfeld der jüngsten 'Haj'-Pilgerfahrten nach Mekka zu einem Höhepunkt. Den Witwen wurde eine kostenlose 'Haj'-Pilgerreise versprochen, die sie der Tradition entsprechend aber nur in Begleitung eines männlichen Verwandten des Ehemannes

antreten durften. In der Praxis wurden jedoch vielfach eigene Brüder und Verwandte mit falschen Dokumenten auf die Reise genommen. Alleine im Ghizer Distrikt wurden dutzende solcher Fälle aufgedeckt, doch oftmals gelang es mit einer Bakschisch-Zahlung doch den gewünschten Reisepartner mitzunehmen, wird ein Beamter im Hauptort Gahkuch zitiert.

Doch die Nachwirkungen des Kargilkrieges und der Entschädigung der Gefallenen sind noch nicht abgeschlossen. Der damalige Premierminister Nawaz Sharif sagte den betroffenen Familien zusätzlich die kostenlose Bereitstellung von Wohnhäusern zu. Die derzeitige Militärregierung hat diesen Erlass wieder rückgängig gemacht und statt dessen ein Baugrundstück und 200.000 Rupien Bargeld zugesagt. Doch auch diese Versprechungen wurden noch nicht realisiert und die Betroffenen werden wohl noch

länger warten müssen, bis entsprechende Baugrundstücke bereitgestellt werden.

Den insgesamt mehreren tausend Kindern der Gefallenen wurde im vergangenen Jahr auch die kostenlose Ausbildung in den weiterführenden Schulen der NLI zugesagt. Doch mittlerweile wurden die ersten Fälle bekannt, in denen den einigen Absolventen der Grundschulen die Zulassung zu den Armeeschulen verweigert wurden.

"Die Märtyrer sind gefallen, aber das Leben geht hier mit all seiner Einfachheit, Härte und Täuschung weiter." sagt Nawaz Khan Naji, Geschäftsführer der nationalistischen 'Balawaristan National Front' (BNF). "Man kann nur hoffen, daß die Leben dieser Kinder von unseren Herrschern nicht ebenso willfährig behandelt werden wie jene der Märtyrer."

(Übersetzung und Bearbeitung: Jürgen Clemens)

## Die Einwohner der 'Northern Areas'

### Bürger Zweiter Klasse!?

von M. Ilyas Khan

"Letztlich ist das Recht in den 'Northern Areas' einzig repressiv und dient nicht dazu, notwendige Reformen einzuleiten. So werden die Strafverfahren gegen die Teilnehmer einer Demonstration in Hunza während der letztjährigen Kargil-Krise nur dann aufgenommen, wenn die betroffene Person vermeintlich politische Probleme für die Regierung aufwirft", klagt der Anwalt S.M. Agha, der zugleich Präsident der 'Balawaristan National Front' (BNF) ist. Er zitiert das Beispiel des Herausgebers einer Regionalzeitung, gegen den ein Verfahren aus dem Jahr 1997 erst aufgenommen worden war, nachdem seine Zeitung über Korruptionsfälle in der Armee berichtet hatte.

Obwohl die heutigen 'Northern Areas' ihre Befreiung von der kaschmirischen Herrschaft ohne auswärtige Hilfe erlangt hatten, ist ihr Status heute miserabler als der der beiden umstrittenen Teile Kaschmirs (Anm. der Red.: gemeint sind das von Pakistan kontrollierte 'Azad Jammu and Kashmir' sowie der indische Unionsstaat 'Jammu and Kashmir'). "Noch bis 1984 ließen die pakistanischen Herrscher die Bürger im

Norden im Glauben, sie seien pakistanische Staatsbürger, nun bestreiten sie dies vehement", klagt der pensionierte Major Hussain Shah, Präsident der 'Mutahidda Qaumi Party' (MQP). Er kritisiert damit eine Stellungnahme des amtierenden Bundesministers für 'Kashmir and Northern Areas Affairs', Abas Sarfraz, wonach die Resolution des UN Sicherheitsrates von 1948 den 'Northern Areas' keinen Verfassungsstatus innerhalb Pakistans einräumt.

Nach dem Anschluß des Maharajas von Kaschmir an die Indische Union erhielt dieses Territorium einen Sonderstatus innerhalb der indischen Verfassung. Auch Pakistan übertrug dem neuen 'Azad Kashmir' einen Sonderstatus mit einer eigenständigen inneren Struktur, d.h. mit Parlament, Präsident, Premierminister und Justiz. Die 'Northern Areas' gingen jedoch leer aus.

Aus der heutigen Sicht war es ein Fehler, daß die damalige Übergangsregierung in Gilgit den Anschluß an Pakistan nicht mit einem formellen Vertrag abgesichert hatte. Die pakistanische Regierung fügte die Nordgebiete nicht in den neuen Staat ein, da sie das propa-

kistanische Votum der dortigen Bevölkerung als sichere Bank im Falle des von der UN vorgesehenen Referendums in Kaschmir betrachtete. Zudem schlossen sie dieses Territorium nicht in jenes von Azad Kaschmir ein, um in dieser geostrategisch bedeutenden Grenzregion eigene Interessen besser geltend machen zu können.

Somit verblieben die Nordgebiete seit November 1947 unter direkter Verwaltung der pakistanischen Bundesregierung und Bürokratie. Zwischenzeitlich hatten die Menschen dort zwar die Geduld nach den wiederholt gebrochenen politischen Versprechungen verloren, wobei es wie 1971, 1988 und 1997 zu politischen Protesten kam. Alle Regierungen hatten versprochen, den politischen Schwebezustand aufzulösen, doch bislang hat sich nichts verbessert. Weder der Versuch, 1988 die Zuständigkeit des 'Frontier High Court' auf die 'Northern Areas' auszuweiten, noch der Plan der Übergangsregierung von Moeen Qureshi, den Nordgebieten einen Provinzstatus zu verleihen - mit einer gewählten Vertretung sowie einem Kabinett und einem Gouverneur, wurden re-